Nr. 288 2. Ausgabe Sonntag, 20. Oktober 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 26, 13 6 36, 13 8 97. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreis: Die einspaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte 35 Pf., für auswärts 40 Pf., die zweispaltige Reklamezeile M 1.50, mit Platzvorschrift M 2.—. Für Listen- oder Kunstsatz 10 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresumsätzen Ermäßigung nach festgelegten Sätzen. Briefgebühr 20 Pf. Auf diese Preise werden 50 % Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Anzeigen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unseren Tarifsätzen an.

Bezugspreise: Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.40, vierteljährlich M. 4.20. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland: Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M 1.40, vierteljährl. M 4.20; „ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 1.65, „ „ 4.65
In Oesterreich-Ungarn: Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. Kr. 2.73, vierteljährl. Kr. 8.19; „ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 2.46, „ „ 7.47
Nach d. Auslande in Kreuzb. wöchentl. M 1.10. Einz.-Numm. 10 Pf.

Vor der Absendung der Note an Wilson

Ruhiger Tag an der flandrischen Front — Serbische Angriffe abgeschlagen — Französischer Verzicht auf den Wirtschaftskrieg nach Friedensschluß — Die Bildung von Nationalräten in Oesterreich

Staatssekretär des Innern Trimborn über die Kriegsanleihe:

Die erste Pflicht des Reiches wird es stets sein, für die Zinsen der Kriegsanleihe zu sorgen.

Trimborn

Zwischen Frage und Antwort

Die begreifliche Ungeduld, mit der das deutsche Volk die Antwort der Regierung an den Wortführer der Deutschland feindlichen Welt erwartet, darf uns natürlich keinen Augenblick lang vergessen lassen, wie schwierig und verantwortungsvoll die Entschließung ist, die der Antwort vorausgehen muß. Die zweite Wilson-Note ließ sich anders als die erste, die denen recht zu geben schien, die in dem Präsidenten den gerechten Nachkommen Washingtons schon immer gesehen haben wollten. Aus der zweiten, gleichfalls außerordentlich klaren und geschickten Antwort Wilsons sprach — so empfand man's wenigstens — ein gut Teil jener Geist, der dem Washingtons und völkischer Unabhängigkeit wenig feindlich ist. Fast schien es so, als solle staatsrechtlich eine Fiktion geschaffen werden, die den Völkerbund, dessen Pflichten und Rechte noch lange nicht geschrieben stehen, in beliebige Zeiten zurückdatiert, um das Mitglied Deutschland als eines zu behandeln, das sich außerhalb des (annoch ungeschriebenen) Gesetzes gestellt habe. Man kann sich irren, solange der Gegner unmißverständliche persönliche Verhandlungen ablehnt, solange sich die Unterhaltung nur im Hin- und Herschreiben vollzieht. Immerhin — diese Antwort las sich so, wie sich ungefähr die französische und englische Presse liest. Es sprach vor allem andern Mißtrauen daraus. Und dies zu beseitigen, ist die erste Pflicht der neuen Regierung. Denn heute können wir ja nicht mehr in dem Glauben wandeln, auch dieses Mißtrauen sei ein unsinniger Schicksalsschlag. Wir wissen nun, daß wir dieses für uns so viel Unglück bedeutende Aberkenntnis unsrer Zuverlässigkeit in währenden Unterhandlungen der alldeutschen Nebenregierung und ihren Machthabern zu verdanken haben. Die neue Regierung muß alles tun, was möglich ist, um sich und uns Vertrauen zu erwerben. Die Antwort darf also nicht zweideutig sein. Dieser Notwendigkeit zu entsprechen, ist leichter, als zu verhindern, daß die neue Note nicht durch Nebengeräusche aus dem chauvinistischen Lager das alte Mißtrauen wieder erwecke.

In dieser Beziehung entwickelt die neue Regierung bisher nicht die Klarheit und Tatkraft, die man von ihr im Volke erwartet. Gewiß wollen wir nicht, daß die Regierung unter ein amerikanisches oder ententistisches Joch krieche. Aber wir wollen auch nicht, daß immer noch Leute von der abgesetzten unverantwortlichen Nebenregierung die Stimmung des „letzten Aufgebotes" herumreisend oder in Aufrufen fälschen und mißbrauchen, um uns aufs neue in Abenteuer zu stürzen. Jetzt um Gotteswillen keine Gefühlspolitik! Nur die kühle, ruhige Abschätzung aller Einzelheiten unsrer Lage kann den Boden für die schwere Entschließung bilden. Deshalb wäre es dringend erforderlich, daß auch in den unteren Stellen gewisser wichtigster Aemter die Leute verschwinden, deren der neuen Regierung heimlich, aber innig feindseliger Geist trübend wirken muß. Ebenso wichtig, daß man nicht im Auswärtigen Amt Männer, die schon den „neuen Kurs" hielten, als das für sie noch ein Opfer bedeutete, Kenner des Auslandes und des Amtes aus Unwissenheit brüskiert. Wir können nirgends jetzt Kräftevergeudung ohne schweren Schaden ertragen.

Nun muß ja auf die Entschließung sachlich die militärische Auffassung einen bedeutenden Einfluß haben. Die Regierung muß wissen, wo die Grenze zu setzen ist, an der sie eine Diskussion über die Forderungen der Gegner nicht mehr für erträglich hält. Keine deutsche Regierung wird je in Schmach und Schande und Unglück des Volkes willigen. Keine aber darf dem Gegner ankündigen, was sie nicht zu halten vermag. Zweifellos herrscht nun, gleichviel ob zu taktischen Zwecken künstlich erzeugt, oder aus Mißtrauen geboren, nach der Ententepresse in den feindlichen Ländern heute die Meinung, die Deutschen verkürzten die Front nur, um nachher bei den Verhandlungen militärisch um so stärker zu sein. Die Militärs — so stellen sie sich das vor — ließen ein paar Salondemokraten gewähren und würden, wenn man darauf hereinfiele, dann im entscheidenden Augenblick bei den Verhandlungen mit der gepanzerten Faust dreinschlagen. Daraus erhellt, wie doppelt schwierig der militärische Teil der Antwort ist. Es handelt sich darum, den Feinden und den Völkern, die allesamt den Frieden ersehnen, bei diesem Punkte die Gewißheit zu geben, daß wir trotz aller Friedensbereitschaft stark genug sind, uns nicht mit Bedingungen, statt mit dem Schwert den Hals abschneiden zu lassen. Aber ebenso stark genug, um unser einmal gegebenes Wort halten zu können. Man muß also auf die Meinung der unpolitischen Offiziere, eines Mannes wie Hindenburg, der nur Soldat ist, bei der Ein- und Abschätzung der militärischen Lage und ihres Einwirkungsvermögens auf die Antwort den Wert legen. Das Mißtrauen zu beseitigen, dazu muß die neue Regierung allein stark genug sein.

Es heißt, in der Nacht zum Sonntag, da dies geschrieben wird, die Antwort werde auf die Frage nach den Garantien für die neue Volksregierung auf die inzwischen vollzogenen Verfassungsänderungen hinweisen. Die Regierung werde ferner erklären, daß der militärische Oberbefehlshaber die Truppen zur weitestmöglichen Schonung feindlichen Gebietes nochmals angewiesen habe. Ferner: es werde der sogenannte unbeschränkte U-Boots-Krieg aufgehoben, dagegen der Kreuzerkrieg fortgesetzt werden.

Es hat wenig Zweck, solange die Antwort nicht herausgegeben ist, diese Punkte, die nach unsern Informationen allerdings ihren wesentlichen Inhalt bilden sollten, im einzelnen zu besprechen, zumal die Note durch neue Einwirkungen, die außerhalb der Wilson-Note sich in letzter Stunde geltend machen, beeinflußt werden muß. Wie aus der in dieser Ausgabe wiedergegebenen Information der „National-Zeitung" hervorgeht, arbeitet die Entente mit allen ihren diplomatischen Maschinen außerordentlich geschickt, um der neuen Regierung, wo immer es möglich ist, neue Schwierigkeiten zu schaffen. Da sollte man doch die Antwort bei aller Klarheit nicht zu kurz abfassen, um den Kräften, die sich für die Freiheit aller Völker und gegen allen Militarismus und Chauvinismus einsetzen, klarzumachen, wie jede Ueberspannung des Bogens wirken muß. Man der Siegestaumel in Frankreich noch so viel Leute trunken machen, die Antwort nach Washington, die auch Clemenceau wohl nicht verstummen machen kann, muß überzeugend den Nachweis führen, daß das deutsche Volk zum Frieden unter Opfern bereit ist, als Opfer für feindlichen Militarismus sich mißbrauchen zu lassen aber keinesfalls. Es darf da keine Geste von falschem Schneid dabei sein. Es darf — hier liegt die furchtbare Verantwortung — der Frieden und das Ende des Schreckens um keine Stunde hinausgezögert werden durch falsche Einschätzungen, die nach einem schrecklichen Endkampf uns nur noch schwerere Bedingungen einbringen könnten.

Eines kann die Antwortnote jedenfalls provozieren: eine klare Aussprache der Feinde über das, was sie wollen. Die feindliche Presse war nie so by Jingo! wie heute. Wir wollen die Verantwortlichen hören. Wenn Wilson von Mißtrauen spricht, darf er, der als ehrlicher Mann gelten, die Geheimdiplomatie abschaffen will, nicht in Rätseln sich äußern, während die Presse, auch die amerikanische, diese Unklarheiten so kommentiert, daß das deutsche Volk von Mißtrauen erfüllt werden muß. Man muß dem Wortführer der Entente im Namen des deutschen Volkes fragen, was uns angesonnen wird, damit wir unsre künftigen Entschlüsse in voller Klarheit fassen können. — —

Die Antwort geht vom Bundesrat nochmals an die Beauftragten der Volksvertretung. Inzwischen müssen wir abwarten in der Hoffnung, daß alle, die dabei mitwirken, sich von Irrtümern freigehalten haben.

Die Verzögerung der Absendung

(Privattelegramm)

+ **Berlin, 19. Oktober**

Die Redigierung und damit auch die Absendung unsrer Antwortnote an den Präsidenten Wilson hat, wie die „Nationalzeitung" erfährt, eine kleine Verzögerung erfahren, die nicht etwa auf formale Gründe oder gar Meinungsverschiedenheiten zurückzuführen ist, sondern auf neue Nachrichten, die zu neuen Erwägungen geführt haben, und damit wieder zu Aenderungen in dem vorliegenden Entwurf. So verdient zunächst der von der Entente mit wachsender Energie auf Holland ausgeübte Druck auch unsrerseits gerade im gegenwärtigen Augenblicke erhöhte Aufmerksamkeit. Ferner ist, wie in Reichstagskreisen verlautet, von einer andern angrenzenden Macht eine Note an uns gelangt, deren überaus loyale Formulierung anerkannt zu werden verdient, und die der deutschen Regierung nahelegt, gewisse Vertragspunkte aus den sechziger Jahren, die seinerzeit unerledigt geblieben sind, einer wohlwollenden Durchführung zu unterziehen. Bemerkenswert ist, daß in der in Rede stehenden Note besonders darauf hingewiesen wird, das betreffende Volk lehne in seiner Gesamtheit weitere ihm von der Entente angesonnene Aspirationen ab und lege Wert darauf, die freundnachbarlichen Beziehungen zu Deutschland unverändert aufrechtzuerhalten. Infolge der Verzögerung in der Absendung der Note konnte sie noch nicht, wie anfangs vorgesehen, den Fraktionsführern vorgelegt werden. Bis zur Stunde haben sie noch keine Benachrichtigung erhalten, ob dies noch heute der Fall ist.

Ententedruck auf Holland

(Privattelegramm)

+ **Genf, 19. Oktober**

Aus dem Haag liegt hier eine Privatmeldung vor, die besagt, die Entente beanspruche von Holland den Verzicht auf 600 Quadratkilometer zugunsten Belgiens, nämlich auf das südliche Scheide-Ufer von Antwerpen bis zur See. Dafür soll Holland die Integrität seiner Kolonien zugesichert erhalten.

Nach Wilsons Diktat

(Privattelegramm)

+ **Amsterdam, 19. Oktober**

Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" weist darauf hin, daß den amerikanischen Blättern zufolge der amerikanische Gesandte in London vor kurzem nicht lediglich aus Gesundheitsrücksichten zurückgekehrt sei, und das Blatt druckt nachstehende Aeußerung eines amerikanischen Blattes ab: Den amerikanischen Gesandten wird nicht länger ein eigenes Urteil erlaubt. Die Gesandten stehen den ganzen Tag telegraphisch mit Washington in Verbindung und haben nur die Stimme ihres Herrn wiederzugeben. Wilson behandelt die Gesandten ebenso wie die Minister seines Kabinetts, er berät sich wenig oder gar nicht mit ihnen und nimmt alle wichtigen diplomatischen Angelegenheiten in die eigene Hand.

Der deutsche Abendbericht

× **Berlin, 19. Oktober abends. (Amtlich.)** In Flandern und auf dem Schlachtfelde zwischen Le Cateau und der Oisernhöhe Tag. Nördlich von Laon sind feindliche Angriffe gescheitert. Nordöstlich von Vouziers haben sich Teile des Feindes auf dem östlichen Aisne-Ufer festgesetzt. Von der Maas nichts Neues.

Der österreichisch-ungarische Heeresbericht

× **Wien, 19. Oktober. Amtlich wird verlautbart:**

Italienischer Kriegsschauplatz

An zahlreichen Stellen der Gebirgsfronten sehr lebhafte Erkundungstätigkeit.

Balkan-Kriegsschauplatz

Vor unsern Linien an der westlichen Morawa haben die verbündeten Truppen die Fühlung mit dem Feinde wieder aufgenommen. Nördlich von Alexinac wurden serbische Angriffe abgeschlagen. Weiter östlich brachten erfolgreiche Sturmtruppunternehmungen Gefangene ein.

Der Chef des Generalstabes.

Der Rückzug in Serbien

× **Wien, 19. Oktober**

Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Das Vorrücken der serbisch-französischen Truppen in Altserbien beginnt sich nach einmonatiger Dauer der Offensive merklich zu verzögern. So benötigte der Gegner zur Bewältigung der Strecke Nisch—Kruševac acht Tage, während er zu Beginn seines Vormarsches im Vardar-Gebiet an der griechisch-mazedonischen Grenze dieselbe Entfernung an einem Tage zurücklegen konnte. Die Schwierigkeiten des Nachschubs in diesem meist gebirgigen Gelände werden eben täglich fühlbarer. Die Kampflinien ziehen sich gegenwärtig am Südufer der Morawa und östlich der Morawa in Stellungen zwischen Boljevac und Zajecar hin. Auf den Höhen östlich der Morawa grub sich der Gegner vor unsern Linien ein. Unsre albanischen Streitkräfte halten die Gegend östlich und nordöstlich von Tirana. Nachhuten und Patrouillen liefern an verschiedenen Punkten gegen auftauchende Banden erfolgreiche Kämpfe.

Die Kämpfe der Türken

× **Konstantinopel, 17. Oktober**

Amtlicher Tagesbericht: Der Feind hat die von uns vor einigen Tagen kampflos geräumte Stadt Homs besetzt. In Mesopotamien fühlten feindliche Erkundungstruppen gegen unsre Tigris-Front vor. Sonst nichts Neues.

Erniedrigendes amerikanisches Angebot an Holland

× **Haag, 18. Oktober**

„Nieuwe Courant" erklärt, das Angebot Amerikas, Steinkohlen und Getreide an Holland zu liefern, sei zwar sehr edelmütig, aber wegen der daran geknüpften Bedingung der Einstellung der Ausfuhr nach Deutschland, die tatsächlich auf eine Verletzung der Neutralität und einen Anschluß an die Entente hinauslaufen würde, für Holland unannehmbar. Das Angebot habe mit all seiner Freundlichkeit sogar etwas Erniedrigendes, da darin die Zumutung gestellt wird, daß Holland sich heute, wo es Deutschland weniger gut gehe, an dem Hungerkrieg der Entente gegen Deutschland beteiligen solle.

Die Staatskrise in Oesterreich-Ungarn

Von unserm Id.-Mitarbeiter

Wien, 17. Oktober

Was der Ministerpräsident Freiherr v. Hussarek in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 8. Oktober als Programm für die Umwandlung Oesterreichs verkündet hat, das soll nun ausgeführt werden. In der Friedensnote vom 4. Oktober an den Präsidenten Wilson hatte Graf Burian die berühmten vierzehn Punkte sich zu eigen gemacht, darunter auch den Grundsatz des freien Selbstbestimmungsrechtes der Völker. In der **Anwendung dieses Grundsatzes** auf Oesterreich müßte eine **völlige Neuordnung** der Dinge vor sich gehen, die **in jener Ministerrede angekündigt** wurde. Die mündigen Völker, so sagte Herr v. Hussarek, sollen ihre Zukunft selbst bestimmen, der Kraft dieser Idee wolle die Regierung auch die innere Friedensgestaltung Oesterreichs anvertrauen, in der Hoffnung, daß aus der freien Selbstbestimmung der Völker ihr Zusammenwirken nach gemeinsamen Zielen hervorwachsen wird. Daß der Ministerpräsident die Völker aus dem Staatsverbande einfach entließ, nur in der Hoffnung, aber ohne die Sicherung, daß sie für das Gemeinsame sich zusammenschließen, wurde ihm mit Recht sehr verübelt. Dadurch wurde seine Stellung stark erschüttert, und man suchte einen Nachfolger, fand aber keinen, da in letzter Stunde der zum Regierungschef fix ausersehene Graf Silva Tarouca absagte. Ihm, dem früheren Obmann der feudalen Partei des Herrenhauses, traute man wegen seiner Beziehungen zu den Tschechen am ehesten die Bildung des geplanten Völkerministeriums zu, das die allen Völkern zugute kommende Selbstbestimmungsidee durchführen sollte. Allein ein solches Ministerium konnte nicht zustande gebracht werden, und da auch der andre ernstere Kandidat, Baron Beck, ablehnte, mußte man bei Herrn v. Hussarek bleiben. Inzwischen hatte beim Kaiser der Empfang der 82 Parlamentarier stattgefunden, der merkwürdigerweise nicht vom Kabinettschef, sondern vom Kabinettsdirektor v. Seidler arrangiert worden war und ganz ergebnislos verlief; nur daß das „Völkerministerium" auf Widerstand stieß, kam dabei zutage.

Die Würfel waren jedoch durch die Ankündigung des Ministerpräsidenten vom 8. Oktober gefallen, und etwas mußte geschehen, zumal man mit einer Tat der Forderung auf Umgestaltung Oesterreichs in der erwarteten Antwortnote Wilsons zuvorkommen wollte. Es sollen also, wie drahtlich bereits berichtet wurde, vier Nationalstaaten: ein deutscher, ein tschechischer, ein südslawischer und ein ruthenischer Nationalstaat auf Grund des nationalen Besitzstandes, also auf Grund der gegebenen Siedelungsverhältnisse, geschaffen werden. (Gleich hier sei bemerkt, daß damit die Zugehörigkeit der deutschböhmischen Bevölkerung zum tschechischen Staat und damit die Verlebendigung des sagenhaften böhmischen Staatsrechtes ausgeschlossen ist.) Geschaffen werden die Nationalstaaten, indem sich die derzeitigen, auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechts gewählten Abgeordneten einer jeden der vier genannten Nationen als Nationalversammlung konstituieren und Nationalräte gründen, die dann erst über das Gemeinsame im Wege der Regierung schlüssig werden sollen, um auf dieser Grundlage einen Bundesstaat zu bilden. Wenn der Plan durchgeführt wird, so ist es klar, daß Herrscher, Außenpolitik, Militär, Zoll- und Handelsverkehr und Währung gemeinsam sein müssen. Der deutschösterreichische Staat würde nach den Daten der Volkszählung von 1910, die freilich kaum mehr aufrechtstehen, 9,6 Millionen Zugehörige haben, der tschechische 6,8 Millionen, der südslawische 2 Millionen, der ruthenische 3,2 Millionen. Die Staatengründungen sollen im Rahmen des derzeitigen Oesterreich vor sich gehen, also nicht auf Ungarn übergreifen, womit das Verlangen der Tschechen auf Angliederung der nordungarischen Komitate, das der Slowenen auf Zusammenschluß mit Kroatien und Bosnien, das der Ruthenen auf Zuwachs aus dem östlichen Ungarn abgelehnt erscheint. Der tschechische Staat soll also weder die deutschböhmische noch die slowakische Bevölkerung umfassen, worüber die Tschechen so aufgebracht sind, daß sie nicht einmal der Einladung des Ministerpräsidenten, der ihnen das kaiserliche Manifest vorlesen wollte, Folge leisteten. Daß sie den ganzen Umgestaltungsplan unter solchen Verhältnissen ablehnen, versteht sich von selbst. Desselbe tun auch die Südslawen, da auch ihnen der erwartete Zuwachs nicht zuteil werden soll, und auch die Ukrainer sind nichts weniger als befriedigt. Unter solchen Verhältnissen ist nicht recht abzusehen, wie die Neuordnung zustande kommen soll.

Inzwischen hat jedoch das Durcheinander, das in Oesterreich eingerissen ist, den Ungarn willkommenen Anlaß gegeben, den Pakt von 1867 zu zerreißen, sich von dem Zusammenhange mit Oesterreich loszusagen und auf die reine Personalunion zurückzuziehen, und zwar geschieht dies, wie Dr. Wekerle schon vor einigen Tagen ausdrücklich erklärt hatte, mit Zustimmung, ja nach dem Programm der Krone. Natürlich suchen die Ultras von der Karolyi-Gruppe, die sich in der gestrigen Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses schmachvollerweise als „Ententefreunde" ganz offen erklärten, die Regierung zu überrumpeln, und während diese eine allmähliche Entwicklung zur Personalunion mit Zwischenstationen als Vorbereitung dazu plant, wollen sich die Ultras sofort losreißen, benutzen obendrein den Anlaß, Deutschland zu verdächtigen und zu beschimpfen und ihm die Verantwortung für alles Unheil aufzuladen, das der Weltkrieg der Menschheit gebracht hat. Allein davon abgesehen, bedeutet die gestrige Erklärung Wekerles, der ebenso wie Hussarek im Amte blieb, weil die Konzentration der Parteien auch in Ungarn scheiterte, die völlige